



HAMBACHER FORST

Der Preis eines umstrittenen Einsatzes

Gewerkschaft: Eine Million Polizei-Arbeitsstunden in Hambach 2018. Staatsanwaltschaft ermittelt gegen fünf Beamte.

VON MARLON GEGO
UND CHRISTOPH PAULI

MERZENICH/AACHEN Die Vorwürfe, die sich die Polizei auf der Homepage der Waldbesetzer gefallen lassen muss, legen den Verdacht auch schwerster Straftaten nahe, deren Opfer die Waldbesetzer geworden sein sollen. Die Rede ist von systematischem Schlafentzug, dem Kappen von Sicherungsseilen zwischen Bäumen, dem Einleiten von giftigen Gasen in einen Tunnel, in dem sich Waldbesetzer aufhielten. Wer den Bericht auf der Waldbesetzer-Homepage liest, kann den Eindruck gewinnen, die Polizei hätte während des fast dreiwöchigen Einsatzes im Hambacher Forst ein Terrorregime geführt.

Live aus dem Forst

Der Aachener Polizei, die den Einsatz leitete, liegen seit dem 13. September fünf Strafanzeigen gegen dort eingesetzte Polizisten wegen Körperverletzungen im Amt und Beleidigungen vor, überdies eine Dienstaufsichtsbeschwerde. Die Aachener Staatsanwaltschaft hat Ermittlungsverfahren gegen die betreffenden Beamten eingeleitet. Es ist möglich, dass die Zahl der Anzeigen und Dienstaufsichtsbeschwerden noch steigt, weil sie in der gesamten Bundesrepublik gestellt werden können und es einige Zeit bräuhete, bis die Aachener Polizei von auswärtig gestellten Anzeigen in Kenntnis gesetzt wäre.

Der Einsatz im Hambacher Forst ist wahrscheinlich einer der meist fotografierten und vor allem gefilmten Polizeieinsätze in der Geschichte der Bundesrepublik. Mehrere Journalisten streamten über Twitter immer wieder live aus dem Wald, den Übertragungen der freien Journalistin Anett Selle folgten zuletzt fast 2500 Zuschauer. Sie war auch dabei, als eine größere Sitzblockade vor dem Baumhausdorf „Lorien“ von der Polizei geräumt wurde. Das Video zeigt zwar tumultartige Szenen, aber nicht immer überschreiten Polizisten Grenzen, wenn sie Gewalt gegen renitente Blockierer anwenden, die sich polizeilichen Anweisungen widersetzen („Tränen, Schreie und der Hass auf den Minister“, Ausgabe vom 29. September).

Auch die Polizei filmte das Geschehen im Hambacher Forst, selbst für die Beamten kritische Einsätze wie das Auflösen von Blockaden wurden festgehalten. Die Auswertung könnte aufgrund der Menge des gefilmten Materials allerdings

„So beginnt Terrorismus. Man greift Firmen an, um den Staat zu treffen. Das darf keine Gesellschaft tolerieren.“

**Michael Mertens,
Vorsitzender der GdP-NRW**



Geschrei, Gerangel – Gewalt? Die Aachener Staatsanwaltschaft hat nach dem Einsatz im Hambacher Forst Ermittlungen gegen fünf Polizisten eingeleitet. FOTO: DPA

Wochen und Monate in Anspruch nehmen.

In einem Schreiben an unsere Zeitung, deren Absender sich als „Partner, Familie, Freunde und Vereinskameraden der Hundertschaften Aachen“ bezeichnen, ohne Namen zu nennen, wird der Fokus der Berichterstattung kritisiert, der stark auf den Waldbesetzern liege und kaum auf den Polizisten. „Wann wird mal über die Polizisten, die dort ständig im Einsatz sind, sieben Tage in der Woche, von 5.30 bis 19 Uhr, ohne An- und Abreise, mit 40 Minuten Pause, ausführlich und positiv berichtet?“, steht in dem Schreiben.

Die Polizisten müssten sich von „den Aktivisten provozieren, beschimpfen, mit Fäkalien und Urin, Feuerwerkskörpern und Molotowcocktails attackieren lassen“. Sie könnten sich ihre Einsätze nicht aussuchen, sie könnten angesichts der Arbeitszeiten nicht nur, aber auch im Hambacher Forst, „weder eine vernünftige Partnerschaft führen, noch ein Familienleben, Vereinsleben und Freundschaften pflegen“, steht in dem Brief. Und: „Wenn körperlich und nervlich alles blank liegt und sie einen Aktivisten härter anfas-

sen, werden sie durch Presse und Medien zerrissen.“

Das sei umso schlimmer, da der Protest der Waldbesetzer und damit auch der Polizeieinsatz zu nichts führe, „da das Projekt schon lange zwischen RWE und Politik in trockenen Tüchern ist“. Das „Projekt“, das ist die weitere Rodung des Hambacher Forsts, die allerdings am Freitag gerichtlich bis auf Weiteres ausgesetzt wurde.

Dem entgegen stehen Anrufe wie der der 21-jährigen Aktivistin Nia aus Berlin, die unserer Zeitung von „unerträglicher Polizeigewalt“ berichtete, von „Aktivisten, die arbeitsunfähig“ waren, nachdem sie mit der Polizei in Konflikt geraten sind. Dass die Waldbesetzer jeder Konfrontation mit der Polizei aus dem Weg gehen könnten, wenn sie den Wald nach Aufforderung freiwillig räumen würden, lässt Nia als Argument nicht gelten. Sie ist „entsetzt, dass nicht über die vielen verletzten Aktivisten berichtet wird“.

Tatsächlich hat es am Rande des Polizeieinsatzes viele erstaunliche Gespräche zwischen Waldbesetzern, ihren Unterstützern und Polizisten gegeben. Immer wieder ließen sich junge Beamte auf Diskussionen mit Braunkohlegegnern ein, zeigten Verständnis für den Unmut und warben um Respekt für die Polizisten, die sich diesen Einsatz nicht ausgesucht hätten.

Eine junge Polizistin der Bochumer Einsatzhundertschaft diskutierte am letzten Tag der Räumung derart geduldig, höflich, und freundlich mit aufgebracht Waldbesetzern, dass sie von einem ein erstaunliches Kompliment erhielt. Er sagte: „Ich betrachte Dich gerade als Menschen.“ Die Polizistin bedankte sich, sie war im Wald schon anders bezeichnet worden.

Zweistelliger Millionenbetrag

Am Tag, als der größte Polizeieinsatz in der Geschichte des Landes NRW tatsächlich zu Ende geht, hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) den Taschenrechner angeworfen. Sie schätzt, dass die Beamten im Hambacher Forst in diesem Jahr bereits eine Million Arbeitsstunden verbracht haben. Allein in den letzten fünf Wochen waren jeden Tag zwischen 1000 und 2000 Polizisten vor Ort, an Spitzentagen deutlich mehr, sagt der GdP-Landesvorsitzende Michael Mertens. Die Kosten für die Räumung der Baumhäuser hatte die Gewerkschaft bereits vor Wochen auf einen zweistelligen Millionenbetrag taxiert. Sie entstehen zum Beispiel dadurch, dass jedes Bundesland 100.000 Euro am Tag für eine entsendete Hundertschaft erhält. Die Rechnung begleicht in diesem Fall das Land NRW als Auftraggeber und somit der Steuerzahler.

Neben den 18 Einsatzhundertschaften aus NRW wurden auch die Alarmzüge mobilisiert, die regelmäßig bei erkennbaren Engpässen aus den Wachdiensten und Kriminalkommissariaten gebildet werden. „Es hat Engpässe in allen Behörden gegeben, das Personal lässt sich nur einmal verteilen“, sagt Mertens. Die GdP sorgt sich zudem um die Vergütung der Arbeitsstunden, die angefallen sind durch die Tage im Wald. „Angesichts von 5,5 Millionen Überstunden, die die Polizei auch ohne den Hambacher Forst vor sich herschiebt, können wir uns zusätzliche Arbeitsstunden nicht leisten. Wir erwarten, dass die geleistete Mehrarbeit zeitnah vergütet wird“, sagt Mertens.

Was die Gewerkschaft nach den turbulenten Tagen umtreibt, ist eine zunehmende Radikalisierung einiger linksautonomer Gruppen, die Gewalt gegen Sachen und Personen zunehmend als legitimes Mittel ansehen. „Wir hatten im Vorfeld der Räumung die Befürchtung, dass es eine ähnliche Eskalation wie beim G20-Gipfel in Hamburg geben könnte. Das ist ausgeblieben, weil man sich im Wald kaum unerkannt zurückziehen kann. Stattdessen haben Straftäter ihr Wirken nach außen verlegt. So beginnt Terrorismus: Man greift Firmen an, um den Staat zu treffen. Das darf keine Gesellschaft tolerieren.“

ZAHLE DES TAGES

11 100

Immer mehr **Frauen flüchten vor gewalttätigen Männern** in Frauenhäuser. Doch in den Zufluchtsstätten herrscht Platzmangel. Nun will die schwarz-gelbe Landesregierung mit finanziellen Anreizen für mehr Plätze in Frauenhäusern sorgen. „In den letzten Jahren ist das Helffeld in Fällen häuslicher Gewalt deutlich gestiegen“, heißt es in einem Bericht des NRW-Gleichstellungsministeriums. So habe sich von 2007 bis 2016 die Zahl der Strafanzeigen im Bereich häusliche Gewalt um 7817 erhöht. Das entspreche einer Zunahme von gut 38 Prozent. Fast 11 100 Opfer seien 2016 an Beratungsstellen verwiesen worden. Binnen zehn Jahren entspreche dies einer Zunahme von rund 59 Prozent. Jeder Frauenhausplatz, der über der Mindestzahl von acht Plätzen liegt, soll künftig mit pauschal 7000 Euro pro Jahr bezuschusst. Derzeit bieten laut Ministerium 25 der 62 vom Land geförderten Frauenhäuser mehr als acht Plätze an. (dpa)

KURZ NOTIERT

„Woche des Sehens“: Guter Rat am Telefon

AACHEN Im Rahmen der gerade angelaufenen „Woche des Sehens“ bietet unsere Zeitung am Freitag, 12. Oktober, eine Telefonaktion rund um Augenerkrankungen und die Vorbeugung an. Von 14.30 Uhr bis 16.30 Uhr werden drei Aachener Augenärzte Fragen unserer Leser beantworten. Die Nummer wird am Tag der Telefonaktion veröffentlicht. Die „Woche des Sehens“ ist eine bundesweite Aktion und eine Initiative von sieben Verbänden, Selbsthilfegruppen und international tätigen Hilfswerken, die sich mit den Themen Blindheit und Sehbehinderung befassen. Mehr dazu sowie zahlreiche Informationen zu Veranstaltungen im Internet. (red) woche-des-sehens.de

13-Jährige vergewaltigt: Jugendliche verurteilt

WUPPERTAL Im Fall der Gruppenvergewaltigung einer 13-Jährigen in Velbert hat das Wuppertaler Landgericht bis zu vier Jahre und neun Monate Jugendhaft verhängt. Das teilte ein Sprecher des Wuppertaler Landgerichts mit – die Urteilsverkündung hatte wie der Jugendstrafprozess unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattgefunden. Angeklagt waren sechs Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren. Die höchste Strafe wegen Vergewaltigung bekam einer der beiden Haupttäter, der zweite erhielt vier Jahre Haft. Zwei weitere Angeklagte müssen ebenfalls ins Gefängnis, zwei kamen mit Bewährungsstrafen davon. Die Jugendlichen sollen das Mädchen im April in einen Wald gezerrt und dort sexuell missbraucht haben. (dpa)

Gift auf Pausenbrot: Gericht prüft Anklage

BIELEFELD Nach dem Fund von vergifteten Pausenbrot in einem Betrieb in Ostwestfalen hat die Staatsanwaltschaft Anklage gegen einen 56-jährigen Mitarbeiter erhoben. Nach Angaben des Landgerichts Bielefeld lautet die Anklage auf heimtückischen und grausamen versuchten Mord in zehn Fällen. Der Mann soll in dem Betrieb in Schloß Holte-Stukenbrock mehreren Arbeitskollegen Gift auf die Pausenbrote gestreut haben. Nach einem Verdict hatte eine Videokamera sein Handeln aufgezeichnet. Ob die Anklage angenommen wird, prüft das Gericht derzeit. (dpa)

Braunkohle-Proteste setzen Laschet unter Druck

Braucht NRW eine neue Leitentscheidung? Justizminister will schnellere Gerichtsentscheidungen für Großprojekte.

VON K. BIALDIGA, R. KOWALEWSKY
UND T. REISENER

DÜSSELDORF Nach dem Rodungsstopp für den Hambacher Forst wächst der Druck auf NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU), die Energiepolitik des Landes neu auszurichten. „Nach dem vergangenen Wochenende und der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes (OVG) ist jetzt eine grundsätzliche Neubewertung des ganzen Themas notwendig. Dazu bereiten wir Gespräche mit allen Beteiligten vor“, sagte Christof Rasche, NRW-Fraktionschef des Koalitionspartners FDP. Eine neue Leitentscheidung zur Zukunft der Braunkohle sei nicht ausgeschlossen. Ähnlich äußerte sich Bodo Löttgen, Chef der CDU-Frak-

tion: „Die Landesregierung sollte sich auch mit der Frage einer neuen Leitentscheidung zur Braunkohle beschäftigen“ – nachdem die Kohlekommission dafür die Eckpunkte formuliert habe.

Mit der Aussicht auf eine Neubewertung der klimaschädlichen Braunkohle versuchen die Landespolitiker offenbar, den öffentlichen Protest aufzufangen. Allein am vergangenen Wochenende demonstrierten am Hambacher Forst Zehntausende Braunkohlegegner. Der Unmut schlägt sich auch in Umfragen nieder. Infratest-dimap zufolge macht fast jeder vierte Befragte vor allem die Landesregierung für den Konflikt verantwortlich. Noch in dieser Woche will NRW-Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP)



Unmut der Bürger wird in Umfragen sichtbar: Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) unter Druck. FOTO: DPA

eine Regierungserklärung zur Energiepolitik abgeben.

„Wir haben es mit einer neuen Anti-Braunkohle-Massenbewegung zu tun, auf die muss der Ministerpräsident zugehen“, hieß es im Umfeld des CDU-Landesvorstandes. Laschet wies in der Talkshow „Anne Will“ darauf hin, dass die Stabilität der Energieversorgung, der Energiemix und die Folgen für die Arbeitsplätze nicht außer acht gelassen werden dürften.

Löttgen betonte zudem, dass der Energiekonzern RWE sagen müsse, wie er weiter vorgehen wolle: „Die CDU und die Landesregierung sind auf allen Ebenen mit RWE im Gespräch. Damit setzen wir uns dann auseinander.“ Die Haltung sei aber unverändert: Ausstieg aus

der Braunkohle, sobald die Versorgungssicherheit und bezahlbare Energiepreise auch ohne Braunkohle darstellbar sind.

NRW-Justizminister Peter Biesenbach (CDU) kündigte eine Initiative an, um Großprojekte künftig schneller rechtssicher umzusetzen: „Konkret schlage ich vor, dass über Großprojekte bei Verkehr, Umwelt und Industrie direkt vom OVG als erster Instanz entschieden wird. Die Ebene der Verwaltungsgerichte sollte übersprungen werden.“ Damit könnten Verfahren wie Hambach um ein bis zwei Jahre beschleunigt werden. Auch brauche es eine höhere Spezialisierung in den Gerichten, die für planungs- und wirtschaftsrechtliche Streitigkeiten zuständig sind.

KONTAKT

Regionalredaktion
☎ 0241 5101-429
🕒 Mo.-Fr. 10-18 Uhr
✉ region@zeitungsverlag-aachen.de